

Statements zur Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2017

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Konjunkturrexperte Dirk Schlotböller

Exportschub trotz politischer Risiken

(Martin Wansleben)

Die **Geschäftslage der Unternehmen** ist **besser als gedacht**. Auch die **Erwartungen** für die kommenden Monate **hellen sich wieder etwas auf**. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. **Wachsende wirtschaftspolitische Befürchtungen** schlagen bisher kaum auf die Geschäfte durch. Der **Export belebt sich** unter dem Strich wieder. Die Investitionen hierzulande ziehen allmählich an. Davon profitiert vor allem die Industrie. Das **Wachstum** der deutschen Wirtschaft bekommt somit einen **neuen Impuls**. **Konsum und Bau** laufen **weiterhin gut**.

Der **DIHK erhöht** daher seine **Prognose** für das laufende Jahr – **trotz der vorhandenen Risiken – auf 1,6 Prozent** (Prognose Herbst: 1,2%). Berücksichtigt man die geringere Zahl an Arbeitstagen in diesem Jahr, bleibt die **Dynamik** gegenüber 2016 **unverändert** (BIP-Wachstum 2016: 1,9%). Auch die Beschäftigung wächst. 2017 erwarten wir **nochmals 350.000 neue Stellen**.

Gleichwohl befürchten mehr Betriebe eine **Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** – gerade in international orientierten Branchen. Die Betriebe nennen beispielsweise den künftigen Kurs der US-Regierung, den Brexit oder die Stabilität der Eurozone. Zudem sorgen **höhere Preise für Öl und andere Rohstoffe** für Kostensteigerungen bei Unternehmen. Das **Top-Risiko** bleibt aus Sicht der Betriebe der **Fachkräftemangel**. Vorerst überwiegt für viele Unternehmen jedoch die positive Entwicklung der Nachfrage.

Das sind die wesentlichen Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage vom Jahresbeginn 2017. Grundlage sind rund 27.000 Unternehmensantworten, die von den Industrie- und Handelskammern ausgewertet worden sind.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Die aktuelle **Geschäftslage** der Unternehmen erreicht ein **Rekordniveau** (Saldo: 38 nach 36 Punkten; Differenz zwischen Anteil „gut/besser“ und „schlecht/schlechter“). Die Stimmung ist in allen Wirtschaftszweigen besser als von den Unternehmen selbst noch im Herbst erwartet. Auch die **Geschäftserwartungen** für 2017 hellen sich etwas auf (11 nach 9). **Impulse kommen vor allem von der Industrie** (17 nach 13) und der **Bauwirtschaft** (11 nach 5). Der Ausblick in den Konsumbranchen verbessert sich zumindest noch leicht.

Die **Exportenerwartungen** überraschen positiv (23 nach 16). Die Unternehmen sind zuversichtlicher als in den Jahren 2015 und 2016, in denen der Welthandel – also die Summe der globalen Exporte – eine Schwächephase durchlaufen hat (2015: 2,0%; 2016: rund 1%; Schnitt 1990-2014: 4,4%). Produktion, Auslastung und Rohstoffnachfrage legen weltweit wieder zu. Die aktuell verbesserten Erwartungen an das Ausfuhrgeschäft deuten darauf hin, dass sich der **Welthandel trotz allem erholt**.

In den **USA** legen **Beschäftigung und Konsumnachfrage zu**. Mittlerweile ziehen dort auch die **Investitionen wieder an**. Sollten von der neuen US-Regierung angekündigte Maßnahmen wie die Modernisierung der Infrastruktur, Steuersenkungen und Deregulierung umgesetzt werden, dürfte auch dies für kurzfristige Impulse sorgen. Zwar drohen Beeinträchtigungen durch protektionistische Maßnahmen oder die steigende Verschuldung, doch schlagen sie sich noch nicht im Auslandsabsatz nieder.

Die Konjunktur in **Europa entwickelt sich derzeit gut**. Irland und Spanien profitieren von den Reformen der letzten Jahre und wachsen derzeit kräftig. Auch Portugal wächst noch, obwohl das Land dabei ist, den erfolgreichen Reformkurs rückabzuwickeln. Außerhalb der Eurozone sind vor allem Tschechien, Polen und Schweden Wachstumstreiber und tragen zu den gut gefüllten Auftragsbüchern der deutschen Exporteure bei.

China wächst weiterhin, wenn auch staatlich gestützt. Die **steigenden Preise für Öl** und andere Rohstoffe verschaffen **Förderländern** wieder mehr **Spielräume**. Das trägt auch dazu bei, dass **Russland und Brasilien sich allmählich erholen** (außerdem z. B. Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Aserbaidschan, Kasachstan oder Mexiko, aber auch Kanada).

Die **Sorgen der Exporteure um die Nachfrage aus dem Ausland gehen zurück** (Anteil der Unternehmen, die dieses Risiko nennen: 39 nach 44%). **Allerdings** sehen mehr Unternehmen in den **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** eine **Gefahr für ihre Geschäftstätigkeit** (43 nach 38%). In der Industrie sind es so viele wie noch nie zuvor (ebenfalls 43 nach 36%). **Gut jeder fünfte Industriebetrieb davon nennt konkret Sorgen über die künftige Politik der amerikanischen Regierung**. Sie befürchten etwa Strafzölle oder andere protektionistische Maßnahmen. Die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den **USA und China** ist für viele Unternehmen besonders im Blickpunkt. Verwerfungen würden die **Weltkonjunktur und insbesondere den Welthandel schaden** – mit negativen Auswirkungen für die weltweit aktive deutsche Industrie. Der Handel mit dem **Vereinigten Königreich** hat **bereits einen deutlichen Dämpfer** erhalten (-7% im 2. Halbjahr 2016; -3% 2016 insgesamt). Die **Unsicherheit** über die genauen **Modalitäten** des Brexit ist weiterhin groß. Die Unternehmen sorgen sich zudem um weitere **Wechselkursrisiken** sowie **Gefahren für den EU-Binnenmarkt** insgesamt.

Trotz der insgesamt hohen Risiken steigen die Investitionsabsichten der hiesigen Unternehmen leicht (14 nach 13; Saldo aus Anteil „höher“ und „geringer“). Zwar sprechen bessere Erwartungen, die anziehende Auslandsnachfrage und die Niedrigzinsen für eine höhere Dynamik. Doch machen sich auch hier die genannten Risiken bemerkbar. Auch der **Fachkräftemangel bremst** nach wie vor die Investitionsdynamik. Für Unternehmen mit expansiven Investitionsplänen stellt er besonders häufig ein Risiko dar (54 ggü. 48% im Durchschnitt). Immerhin liegen die **Investitionsabsichten deutlich über dem langjährigen Schnitt** (-3, seit 1992). So spricht viel dafür, dass die Investitionslücke in Deutschland allmählich kleiner wird.

Für die **Industrie** wird die Entwicklung der **Energie- und Rohstoffpreise** erneut zum **Top-Risiko** (47%). Die Importpreise für Energierohstoffe haben deutlich angezogen. Die Strompreise steigen 2017 um 6,5 Prozent. Insbesondere die Netzentgelte werden in vielen Regionen kräftig zulegen. Auch die EEG-Kosten steigen weiter deutlich an. Viele Unternehmen haben außerdem etwa bei der Eigenerzeugung neue **Zusatzbelastungen** bei den Strompreisen zu tragen, die ausländischen Wettbewerbern erspart bleiben.

Die **Beschäftigungslage entwickelt sich weiter sehr erfreulich** (Beschäftigungssaldo: 7 nach 6). Damit geht der Aufbau bereits in sein zwölftes Jahr. Bemerkenswert ist auch, dass alle Wirtschaftszweige unter dem Strich mehr einstellen wollen. Am höchsten ist die Dynamik aktuell im Baugewerbe (9). Die Umsetzung der **Beschäftigungspläne** ist aber angesichts der großen Probleme bei der Gewinnung und Sicherung von Personal **zunehmend fraglich**. Viele Unternehmen versuchen mit **attraktiveren Konditionen** wie zum Beispiel flexiblen Beschäftigungsformen oder höheren Löhnen ihre Chancen zu erhöhen. **Steigende Arbeitskosten** bilden jedoch eine Hypothek für Zeiten nachlassender Konjunktur – gerade im internationalen Wettbewerb (Risiko „Arbeitskosten“: 40%).

(Dirk Schlotböller)

Der **Aufschwung geht 2017 in sein viertes Jahr**. Diese Entwicklung ist aber keineswegs selbstverständlich. In den letzten Jahren hat Deutschland von verschiedenen **Sonderfaktoren** profitiert. Neben den **niedrigen Zinsen** und dem **günstigen Wechselkurs**, haben auch die lange sehr **geringen Rohstoffpreise** die Wirtschaft angeschoben. Der DIHK hat das wiederholt mit dem Begriff „**Konjunkturdoping**“ beschrieben.

Die vorliegenden Ergebnisse deuten auf eine **weitere Verlängerung der Wachstumsphase** hin. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt mit elf Punkten deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt (4) – und zwar schon seit fast drei Jahren, so lange wie nie zuvor in der DIHK-Konjunkturumfrage. In vorherigen Boomphasen wie 2006/2007 oder 2010/2011 war die konjunkturelle Dynamik zwar deutlich höher, doch von geringerer Dauer. Seit 2014 wächst die Wirtschaft um mehr als 1,5 Prozent pro Jahr, also etwas stärker als ihr Potenzial. Die jüngste Erwartungsverbesserung deutet darauf hin, dass sich dieser **Wachstumspfad** weiter fortsetzt. Mit einer **Beschleunigung** rechnen wir allerdings **nicht**.

Die **Exportenerwartungen** klettern erstmals seit 2014 wieder über ihren **langjährigen Durchschnitt**. Das nährt die Hoffnung, dass die Weltkonjunktur und vor allem der Welthandel nach ihrer Schwächephase in den vorangegangenen beiden Jahren wieder etwas anziehen. Die steigenden Preise für **Öl und andere Rohstoffe** sind auch **nachfrageseitig** begründet und damit Zeichen einer zunehmenden weltwirtschaftlichen Aktivität. Mit den steigenden Rohstoffpreisen dürfte die Weltwirtschaft auch wieder **weniger konsum- und dienstleistungslastig und stärker investitions- und exportgetrieben** wachsen. Investitionen fließen weltweit nicht zuletzt in die Steigerung der Energie- und Materialeffizienz, einer traditionellen Domäne deutscher Hersteller. So ist die **Industrie auf dem Weg zu alter Stärke**. Die Ausfuhrerwartungen der Investitionsgüterproduzenten und Vorleister steigen besonders stark (um jeweils 8 auf 26 bzw. 21). Maschinenbau- und Elektrotechnikbetriebe erwarten bessere Geschäfte. Die Aussichten der Hersteller von Konsumgütern verbessern sich weniger deutlich (um 5 auf 24).

Fraglich ist, ob die deutschen Unternehmen auch **Marktanteile** gewinnen können – vor allem die seit 2008 überdurchschnittlich stark steigenden **Lohnstückkosten** und **Energiepreise** haben die **Wettbewerbsfähigkeit** zuletzt merklich **beeinträchtigt**. Außerdem stehen einer höheren Dynamik die genannten **Risiken** entgegen. Die zunehmende Anzahl **protektionistischer Maßnahmen** bleibt ein Bremsklotz für die Entwicklung des Welthandels. Zudem steigt der Anteil der Unternehmen, die in der **Entwicklung des Wechselkurses ein Risiko** für ihre Geschäftstätigkeit sehen (17 nach 15%). Die Wahrscheinlichkeit von Turbulenzen an den Devisenmärkten hat sich

durch die hohen wirtschaftspolitischen Risiken wie den unklaren Kurs der USA erhöht.

Derweil hält der **Bau** die **Schlagzahl hoch**. Der wachsende Wohnungsbedarf von Geflüchteten sowie der Zuzug in Ballungsräume bei zugleich steigenden Einkommen und günstigen Finanzierungskonditionen sorgen für Schub im Wohnungsbau. So wenige Betriebe wie in keiner bisherigen Befragung befürchten Rückschläge seitens der Inlandsnachfrage (34%). Selbst im **Tiefbau** – lange Zeit gebeutelt angesichts äußerst schwacher öffentlicher Investitionen – sinkt der Risikoanteil auf ein Tief (36%). Sie profitieren teilweise von der Steigerung der **öffentlichen Infrastrukturmittel**. Jedoch kommen die Planungen vielfach nicht schnell genug voran, da Personal fehlt. Auch die Baubetriebe suchen oft vergebens nach **Fachkräften**: Das Geschäftsrisiko „Fachkräftemangel“ erreicht im Tiefbau einen Rekordwert (74%), ebenso im Bau insgesamt (70%) sowie bei Architektur- und Ingenieurbüros (58%). Wegen der Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden, zahlen viele Bauunternehmen höhere Löhne – steigende Arbeitskosten sind aus Sicht der Betriebe das zweitgrößte Risiko (46%). Hinzu kommen regulatorische Hürden und vielerorts zu wenig freie Flächen.

Konsumnahen Branchen bleiben zuversichtlich, die Erwartungen verbessern sich jedoch kaum noch. Die hierzulande hohen Lohnsteigerungen bremsen die Beschäftigungsentwicklung bislang nicht aus, so dass die Konsumspielräume trotz steigender Preise wachsen. Hinzu kommen steigende Renten und andere Transferleistungen. So steigt beispielsweise der Antwortsaldo im **KFZ-Handel** (um 9 auf 11), bei den **Reisevermittlern** (um 5 auf 8) und bei den **personenbezogenen Dienstleistern** (um 2 auf 13). Im **Gastgewerbe** liegt der Saldo unverändert (7), hier sinken die Sorgen um die Inlandsnachfrage auf ein Minimum von 19 Prozent (Vorumfrage: 20%). Zugleich nehmen 70 Prozent der Wirte den **Fachkräftemangel** und 62 Prozent die Entwicklung der Arbeitskosten als Geschäftsrisiko wahr.

Die **Finanzwirtschaft atmet etwas durch**. Die Finanzwirtschaft bewertet ihre Lage nach dem Tief vom letzten Herbst wieder besser. Die Erwartungen sind nicht mehr ganz so pessimistisch wie im Herbst 2016 (-13 nach -21) und machen so Hoffnung auf Bodenbildung. Gleichwohl bleiben die **Niedrigzinsen**, die immer **engmaschigere Finanzmarktregulierung** und die Digitalisierung weiter große Herausforderungen. Der Regulierungsrahmen „Basel III“ ist nunmehr scharf geschaltet, die weitergehenden Pläne zu „**Basel IV**“ **nur aufgeschoben**. Zudem verfolgt die EZB trotz Normalisierung der Inflation vorerst eine expansive Geldpolitik. So bleiben die Niedrigzinsen eine Belastung für die Kreditwirtschaft. Zudem könnte die EZB mittelfristig zu einem abrupten Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik gezwungen sein.